

Postulat Fraktion GB/JA! (Catherine Weber/Urs Frieden, GB): EURO 08: Der Kostenteiler muss der Tatsache gerecht werden, dass es sich in erster Linie um einen gesamtschweizerischen Grossanlass handelt

Mit der Vorlage der Botschaft vom 9. Dezember 2005 schlägt der Bundesrat einen Verteilschlüssel der geschätzten Kosten von total 182 Millionen vor. Demnach sollen sich die vier Austragungsorte unter anderem wie folgt beteiligen:

- 23,7 Mio Franken (Bund: 4,0 Mio) für Infrastruktur und Verkehr
- 14,7 Mio Franken (Bund: 10.0 Mio) für Standortmarketing und Landeswerbung
- 8 Mio Franken Reserve (Bund 10 Mio).

Die EURO 08 ist in aller erster Linie ein gesamtschweizerisches Ereignis. Erfahrungen aus Portugal zeigen deutlich, dass bezüglich Landeswerbung bei der EM 04 nicht die einzelnen Austragungsorte, sondern vielmehr das Land Portugal in Erinnerung geblieben ist. Ebenso sind Verkehrsfragen nicht in erster Linie durch die Austragungsorte zu lösen und finanzieren. Es braucht vielmehr ein gesamtschweizerisches Angebot mit dem Ziel, dass möglichst viele Besucherinnen und Besucher mit öffentlichen Verkehrsmitteln von Ort zu Ort reisen. Die Fussballfans kommen ja nicht nur an die einzelnen Spiele, sie besuchen auch die Orte in denen ihre Clubs untergebracht sind und trainieren. Zudem können die Austragungsorte sicherlich nicht alle Besucherinnen und Besucher unterbringen, sodass viele auf andere Gemeinden und Kantone ausweichen müssen.

Im Hinblick auf die Beratung der zweiten EURO-Botschaft im eidgenössischen Parlament und den laufenden Verhandlungen mit dem Bund und dem SFV wird der Gemeinderat daher aufgefordert, sich gemeinsam mit den anderen Host-Cities, aber auch mit dem Kanton Bern und weiteren Akteuren für folgende Punkte einzusetzen:

1. Gerechter Verteilschlüssel zwischen Bund und allen Kantonen für Kosten von Verkehr, Standortmarketing und Landeswerbung (z.B. analog Verteilschlüssel EXPO 02)
2. Beteiligung des Schweizerischen Fussballverbandes an den Sicherheitskosten (z.B. analog Vertrag mit WEF, welches 2/8 der Sicherheitskosten übernimmt)
3. Verbindliche Regelung mit dem SFV über Gewinnablieferung an die öffentliche Hand (50%), bzw. verbindliche Regelung darüber, dass dieser Anteil nicht in der Bundeskasse verschwindet, sondern an die Austragungsorte abgegeben wird, u.a. zur Finanzierung von Umsetzungsmassnahmen „nachhaltige Entwicklung“ (Botschaft des Bundesrates Seite 26).
4. Verbindliche Regelung zur Sicherstellung, dass der vom Bundesrat vorgesehene Reservebetrag von 10 Mio Franken sowie die, in der Botschaft erwähnten möglichen Mehrkosten (erwartete Kosten über 182 Mio) vollumfänglich vom Bund übernommen werden müssen.

Bern, 19. Januar 2006

Postulat Fraktion GB/JA! (Catherine Weber/Urs Frieden, GB), Karin Gasser, Natalie Imboden, Stefanie Arnold, Franziska Schnyder, Anne Wegmüller, Simon Röthlisberger, Myriam Duc, Hasim Sancar

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat schliesst sich den Einschätzungen der Postulantinnen und Postulanten an. Die Verteilung der Kosten muss auch aus seiner Sicht einerseits mit der Nutzenverteilung und andererseits der gesamtschweizerischen Ausrichtung der Veranstaltung einhergehen. Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass der Schweizerische Fussballverband (SFV) und der Bund die EURO 2008 in die Schweiz geholt haben und die von der Uefa verlangten Garantien abgegeben haben. Dies bedeutet für den Gemeinderat, dass sich alle Akteure angemessen beteiligen. Um den SFV in die Pflicht nehmen zu können, sind die Austragungsorte Basel, Genf, Zürich und Bern auf die Unterstützung des Bundes angewiesen.

Der Gemeinderat will, dass die Stadt Bern ihren Beitrag leistet. Wie bereits mehrfach gesagt, setzt er sich, zusammen mit den andern Austragungsorten, für eine ausgewogene Vorlage ein. Er ist dabei von Beginn weg davon ausgegangen, dass die tatsächlichen Kosten (Nettokosten) der Stadt Bern nicht höher als ein tiefer einstelliger Millionenbetrag sein dürfen. Dies bedeutet, dass nur in Verkehrsinfrastruktur, Standortmarketing, Tourismus und Rahmenprogramm investiert werden soll, wenn diese Kosten nicht alleine von der Stadt getragen werden müssen. Ein Szenario stellt eine Variante Euro-Light dar, die lediglich die Spieldurchführung umfasst und sich im anvisierten Kostenrahmen bewegen wird.

Der Gemeinderat setzt sich zusammen mit den Exekutiven der anderen Austragungsorte weiterhin für angemessene und ausgewogene Lösungen ein. Sein Ziel ist es nach wie vor, dem Stadtrat eine Gesamtvorlage im oben aufgezeigten finanziellen Rahmen zu unterbreiten. Das geschlossene Auftreten der Austragungsorte hat erste Erfolge gebracht. In diesem Sinne ist der Gemeinderat bereit, das Postulat entgegen zu nehmen.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.

Bern, 28. Juni 2006

Der Gemeinderat